

Bezirksbürgermeister von Pankow Sören Benn: „Gentrifizierung gibt es seit der Wende“

Für das Gespräch hat Sören Benn ein funktional eingerichtetes Besprechungszimmer im ersten Stock des Pankower Rathauses ausgesucht. Die Etage ist eine Baustelle – schon seit August 2015, steht auf einem Hinweisschild im Flur. Auch an diesem Beispiel hat der Bezirksbürgermeister der Linken gelernt, dass manche Dinge im Bezirk nun mal nicht so zügig voranschreiten, wie er sich das wünscht. Doch wenn Sören Benn über die Probleme im Bezirk spricht, klingt das nicht frustriert, sondern erstaunlich optimistisch.

Herr Benn, kürzlich gab es Ärger in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), weil das Bezirksamt sehr strenge Regeln für Straßenmusiker festgelegt hat, sodass sie praktisch nirgendwo mehr spielen dürfen, weder auf der Schönhauser Allee noch auf dem Kollwitzplatz in Prenzlauer Berg. Schaden solche Verfügungen des Bezirksamtes nicht dem Image Pankows als lebendiger, kulturvoller und toleranter Bezirk?

Der Bezirk ist lebendig und kreativ, daran ändert ein einzelner Bezirksamtsbeschluss nichts. Darin ist übrigens nur aufgeführt, was längst geltendes Recht ist. Es ist natürlich erschreckend, wenn man sieht, was alles gilt.

20 Meter Abstand zur nächsten Hauswand müssen Musiker einhalten ...

Zum Beispiel. Wir gucken uns diese Bestimmungen an und entscheiden dann mit der BVV, welche Regeln für Straßenmusiker gelten sollen, damit für sie viel möglich ist, ohne den sozialen Frieden zu stören.

Bei den Auseinandersetzungen im Mauerpark haben Sie sich persönlich engagiert, damit sich genervte Anwohner und Straßenmusiker einigen. Nun dürfen die Musiker an festgelegten Orten zu festgelegten Zeiten und nur noch in Richtung Osten gerichtet Musik machen. Sind Sie zufrieden mit dieser Lösung?

Was heißt zufrieden. Ich weiß ja nicht, ob es funktioniert. Es gab keine Einigung am runden Tisch, wir mussten aber eine Entscheidung treffen für diese Saison. Nach dem Sommer schauen wir, was funktioniert hat und was nicht. Es gibt noch einige unerledigte Aufgaben im Mauerpark.

Prenzlauer Berg war früher das Zentrum der Subkultur und des politischen Widerstandes, heute ist es dort ruhig, bürgerlich gesetzt und teuer. Es leben auch kaum noch alte Menschen dort. Wie haben Sie diese Entwicklung miterlebt?

Diese Veränderung, die unter dem Begriff Gentrifizierung läuft, gibt es seit der Wende. Es hat mit der sogenannten sozialen Stadterneuerung angefangen ...

... warum sagen Sie sogenannte?

Sozial war es für die Immobilieneigentümer, weil mit öffentlichen Investitionen massiv privates Kapital angelockt wurde. Wirkliche soziale Stadterneuerung hätte bedeutet, dass sich die Wohnverhältnisse der Menschen verbessern, die dort gewohnt haben und nicht die Wohnverhältnisse jener, die erst später nach Prenzlauer Berg gezogen sind. Viele alteingesessene Bewohner mussten ihre Wohnungen verlassen. Wir haben durch diese Entwicklung einerseits eine wirklich einzigartige Ost-West-Mischung in einem Ost-Bezirk bekommen, andererseits eine starke Tendenz zur sozialen Homogenisierung.

Zur Person

Sören Benn, 50, ist erst spät Politiker geworden. Im Jahr 2000 trat er der PDS bei, wurde 2004 Bürgerdeputierter in Pankow und 2006 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Ab 2011 war er verkehrs- und wirtschaftspolitischer Referent der Linke-Fraktion im Abgeordnetenhaus. 2016 trat er als Spitzenkandidat der Pankower Linken an, gewann die Wahl und wurde im Oktober Bezirksbürgermeister.

Die Biografie des gebürtigen Brandenburgers aus Kyritz ist vielschichtig. Nach der Schule wurde er Baufacharbeiter, studierte dann Sozialpädagogik war lange Schauspieler in Laiengruppen. Er absolvierte eine Schauspielausbildung.

Wie sieht der typische Pankower aus?

Die Bevölkerung im Bezirk hat durchschnittlich das zweithöchste Einkommen und den höchsten Bildungsgrad in den Berliner Bezirken. Die Zahl der Arbeitslosen ist niedrig. Im Bezirk lebt überwiegend Bildungsbürgertum. Und ja, ich bedauere es, dass der Prenzlauer Berg nicht mehr so ist wie in den 90er-Jahren: eine Spielwiese für Menschen in meinem damaligen Alter ...

Sie waren Anfang 20.

Aber es ist auch gut, dass Prenzlauer Berg nicht mehr so politisch sein muss wie in den 80er- und 90er- Jahren. Es ging damals darum, das System zum Einsturz zu bringen und die Berliner Kieze im neuen Deutschland kämpferisch mitzuprägen. Die Menschen, die heute vielfach in Prenzlauer Berg leben, sind längst nicht mehr so stark politisiert, wie viele von uns es damals waren. Ich werfe das niemandem vor. Heute gibt es andere Interessen. Wer auskömmlich verdient und sich in einer Demokratie halbwegs wohlfühlt, kümmert sich eben verstärkt um Spielplätze, Radwege, Grünflächen und Mietentwicklung. Das führt zu einer Aufwertung der konkreten Kommunalpolitik. Das ist gut.

Kommen wir mal weg von Prenzlauer Berg. Das ist ja auch nur einer von 13 Ortsteilen, die Pankow hat. Mehr als 400.000 Menschen leben mittlerweile dort. Was denken Sie, was zieht die Menschen hierher?

Pankow ist ein grüner Bezirk, mit vielen Stadtplätzen, Altbauquartieren und Dörfern. Den Zuzug hierher gibt es schon lange. Das hat auch was mit den kulturellen Angeboten und der kinderfreundlichen Kommunalpolitik der vergangenen Jahrzehnte zu tun.

Aber genau daran mangelt es doch. Bis 2025 werden weitere etwa 40.000 Menschen nach Pankow ziehen. Es fehlen 16 Grundschulen, fünf Gymnasien und 2600 Kitaplätze. Eltern erzählen den Witz, sie müssten sich schon vor der Geburt ihres Kindes für Kita und Schule anmelden ...

... den Witz gab es schon, als meine Tochter 2001 geboren wurde!

So lange gibt es also dieses Problem.

Es ist immer ein Wettrennen, ein Hase- und Igel-Spiel. Die Differenz zwischen Angebot und Nachfrage wird nicht größer. Aber es wird immer schwieriger, neue Einrichtungen zu bauen. Wir haben immer wenige Flächen zur Verfügung. Uns fehlen Fachkräfte. Wir brauchen zudem ein vernünftiges Anmeldesystem mit digitaler Anmeldesoftware für Kita-Plätze. Unter den jetzigen Bedingungen mit Wartelisten in jeder Kita können wir nicht realistisch planen.

„Bauen, bauen, bauen!“ heißt für viele die Devise. Doch ausgerechnet dort, wo viel Platz ist, am Pankower Tor, einer riesigen Brache am Bahnhof Pankow, streiten Senat und Bezirk seit mehr als zehn Jahren mit dem Eigentümer Kurt Krieger über die Bebauung. Vor zwei Jahren sagten Sie, es gäbe noch Konflikte. Sind die nun geklärt?

Wir sind dabei. Doch je konkreter die Planung wird, desto mehr muss noch geklärt werden: Wir müssen das neue Mobilitätsgesetz für das neue Quartier mit 2000 Wohnungen berücksichtigen, also für mehr öffentlichen Nahverkehr, mehr Rad- und Fußwege und

weniger Autos sorgen. Wir brauchen neben einer Grundschule nun auch noch eine neue Oberschule.

Die Pankower sehen aber nur, dass die Brache weiter eine Brache bleibt.

Und das ist extrem ärgerlich. Mein Ziel ist es, dass bis zu den nächsten Wahlen im Jahr 2021 der Bebauungsplan so weit feststeht, dass es nach einem möglichen Wechsel im Bezirksamt nicht wieder zu einem Neuanfang des Projektes kommt.

Bei anderen Bauvorhaben empören sich Anwohner, weil sie keine riesigen Neubauviertel in ihrer Nähe haben wollen, etwa in der Michelangelostraße und im Blankenburger Süden. Was halten Sie von diesen Protesten?

Ich verstehe sie als eine Kritik an der städtebaulichen Qualität und an den Planungsprozessen. Und ich werde diese Anwohner niemals als Nimbys bezeichnen...

Was sind denn Nimbys?

Das ist eine englische Bezeichnung für „Not in my Backyard“, also „Nicht in meinem Hinterhof“ oder „Nicht in meiner Nachbarschaft“. Also: Ihr könnt bauen, wo ihr wollt, aber nicht in meiner Nähe. Als Verwaltung müssen wir besser werden, mit den Bürgern darüber zu reden und sie so früh wie möglich an den Planungen zu beteiligen. Darauf haben die Bürger einen Anspruch!

Andererseits herrscht aber oft der Irrglaube, Bürgerbeteiligung bedeute, die Bürger könnten entscheiden, ob gebaut wird oder nicht.

Dieses Missverständnis begegnet mir im Moment ziemlich oft. Beteiligung heißt eben nicht Entscheidung, sondern die Bürger auf Augenhöhe in Planungsprozesse einzubeziehen und ihre Bedenken zu berücksichtigen – ohne eine Garantie, dass am Ende genau das passiert, was die Bürger sich gewünscht haben.

Sie haben dafür im Bezirk extra ein Beteiligungsbüro eingerichtet. Wozu?

Es muss eine Struktur in den Ortsteilen geben, durch die wir möglichst frühzeitig und regelmäßig in einen stetigen Austausch mit den Bürgern kommen. Das Büro ist eine Schnittstelle zwischen der Verwaltung und den Bürgern. Es trägt Impulse in beide Richtungen weiter und arbeitet für gelingende Kommunikationen.

Fühlen Sie sich als Bezirksbürgermeister denn genügend einbezogen in Planungen des Senats?

Bezirksbürgermeister können in Berlin nur in begrenztem Maße eigenständig entscheiden, das ist mir doch klar. Aber mittlerweile sagen wir dem Senat: Sprecht mit uns über eure Bauvorhaben, wenn ihr keinen Ärger mit den Bewohnern haben wollt. Auch wir als Bezirke wollen frühzeitig beteiligt werden, genauso wie die Bürger. Das funktioniert heute besser als früher, ohne dass es schon gut wäre.

Sie müssen mit dem Senat auch über Ihr Personal verhandeln. Wie viele Mitarbeiter fehlen in der Verwaltung?

Es fehlen bis zu 300 Mitarbeiter, allein im Hochbauamt brauchen wir weitere 61 Fachkräfte, weil wir in den kommenden Jahren für 800 Millionen Euro bauen. Es gibt zu wenig Personal im Straßen- und Grünflächenamt, im Kulturamt, in den Volkshochschulen, in den Bibliotheken, im Jugendamt, im Standesamt.

Kriegen Sie das Personal?

Zum Teil.

Die Folgen des fehlenden Personals spüren die Pankower in allen Abteilungen. Haben Sie eine Idee, das zu ändern?

Es hat sich ja schon manches gebessert. Aber wir finden manche Fachkräfte gar nicht, weil auch der private Markt gut ausgebildete Leute braucht. Deshalb sind wir gut beraten, den geflüchteten Menschen alles zu ermöglichen, damit sie schnell zu Fachkräften werden. Wir brauchen diese Menschen ganz dringend, auch weil sie unsere interkulturelle Kompetenz erhöhen.

Das liegt dann aber auch außerhalb Ihrer bezirklichen Kompetenz.

Naja, das stimmt so nicht. Auf Landesebene können wir schon eine Menge mitbestimmen.

Zwei Jahre haben Sie als Bezirksbürgermeister noch vor sich, dann wird in Berlin neu gewählt. Welche Aufgaben stehen auf Ihrer Liste ganz oben?

Das größte Problem ist gegenwärtig, dass uns Büros für neue Mitarbeiter fehlen. Das führt dann im Zweifel zum Einstellungsstopp. Die Genehmigungsprozesse und die Hürden zur Anmietung neuer Gebäude sind dysfunktional. Für jede Etage müssen wir Anträge stellen, die viel zu lange in den Senatsverwaltungen und im Hauptausschuss liegen. Wir werden wie kleine Kinder behandelt, als könnten wir nicht selbst mit Geld umgehen! Wenn wir diese durch Misstrauen geprägten Prozesse nicht beschleunigen, können wir unsere Aufgaben im Bezirk bald nicht mehr erfüllen. Wir werden immer unbeweglicher. Dabei haben wir mittlerweile genügend Geld, für die vielen notwendigen Investitionen, die nötig sind.

Ihr Vorschlag?

Die Zügel lockern – zeitlich befristet – bis aufgebaut ist, was wir brauchen, um unsere Aufgaben zu erfüllen. Doch leider herrscht dafür in Berlin nicht die politische Stimmung. Stattdessen herrscht Kontrollwahn.

Haben Sie ein persönliches Ziel bis zum Jahr 2021?

Ich möchte gesund bleiben und mir meine Motivation erhalten.

Motivation wofür?

Man steckt ja als Bezirksbürgermeister und Stadtrat in einem Dauerdilemma. Wenn ich nicht mehr als die Verwaltung will und nur noch ein Teil davon bin, schnurre ich darin zwar wie ein Kätzchen, aber ich bin eigentlich überflüssig. Ich muss die Verwaltung in gewissem Sinne ärgern und unter Druck setzen. Und ich muss anders denken. Das ist mein Job als politische Führung, sonst verkümmert meine politische Fantasie. Es geht letzten Endes um die richtige Mischung aus Geduld und Unduldsamkeit. Das hinzukriegen, ist nicht ganz einfach.